

# Bundestagswahl 2021:

## Die Positionen & Erwartungen des Internationalen Bundes



Menschsein  
stärken



# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Wir brauchen hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung – vom Anfang bis ins Grundschulalter!</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Wir müssen die Integration von jungen Menschen mit Migrationsbiographie fördern!</b> .....	<b>5</b>
<b>3. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!</b> .....	<b>5</b>
<b>4. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!</b> .....	<b>6</b>
<b>5. Die Integration von Fachkräften aus anderen Ländern geht über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!</b> .....	<b>7</b>
<b>6. Stärkere strukturelle Förderung der Politischen Bildung/Demokratiebildung!</b> .....	<b>8</b>
<b>7. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen können!</b> .....	<b>9</b>
<b>8. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie der IB können die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll ergänzen!</b> .....	<b>10</b>
<b>9. Eine bundesweite Fachkräftestrategie für den Pflege-, Erziehungs- und Sozialbereich ist überfällig!</b> .....	<b>10</b>
<b>10. Inklusion darf nicht nur auf dem Papier stehen - Inklusion muss im Alltag auch ganz praktisch mit Leben gefüllt werden!</b> .....	<b>12</b>
<b>11. Wir brauchen bei der Digitalisierung einen ganzheitlichen Ansatz, der Aus- und Weiterbildung miteinschließt!</b> .....	<b>12</b>
<b>Fachliche Ansprechpartner*innen</b> .....	<b>15</b>

# Vorwort

Frankfurt/Main, im September 2021

Der Internationale Bund (IB) ist mit mehr als 14.000 Mitarbeitenden ein großer Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland. Mit einer groß angelegten Kampagne zur Bundestagswahl haben wir in den vergangenen Wochen auf die drängenden sozial- und gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit aufmerksam gemacht. Damit hat sich der Internationale Bund einmal mehr als ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft in diesem Land positioniert. Systematisch und umfassend haben wir aus allen Arbeitsfeldern des IB Praktiker\*innen zu Wort kommen und sie sagen lassen, wo Handlungsbedarf besteht, der in der nächsten Legislaturperiode gedeckt werden sollte – wer immer dann auch dieses Land regiert.

Doch wir haben auch unseren Klienten und Klientinnen eine Stimme gegeben. Wenn die Politik es schafft, gesellschafts- und sozialpolitische Themen künftig wieder stärker in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen, dann – davon sind wir überzeugt – wirkt das auch den Fliehkräften an den politischen Rändern entgegen, mit positiven Auswirkungen auf unser demokratisches Gemeinwesen.

Die vorliegenden Positionen und Erwartungen sollen aber auch verdeutlichen, dass der IB sich stärker denn je in die gesellschaftspolitische Diskussion einbringen und bürgerschaftliches Engagement fördern will. Die Expertise seitens des IB ist da – das belegen die folgenden Seiten meiner Meinung nach eindrucksvoll. Wenn es um junge oder ältere Menschen, um solche mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung(en), Arbeitnehmer\*innen, Wohnungslose oder Kinder und ihre Eltern geht: Der IB kennt die Situationen, in denen sie leben, er hat Kontakt zu ihnen und weiß, welche speziellen Unterstützungswünsche sie haben.

#MenschSeinStaerken ist das Leitbild unseres Handelns beim Internationalen Bund. Nur gemeinsam mit Politik und Gesellschaft kann es uns gelingen, unser Land in eine bessere Zukunft zu führen. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen! Wir hoffen auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen



**Petra Merkel**  
Präsidentin

# 1. Wir brauchen hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung – vom Anfang bis ins Grundschulalter!

## Mehr Zeit mit Kindern!

- Eine **angemessene Ausstattung der Tageseinrichtungen** für Kinder mit Fachpersonal ist Voraussetzung für mehr Zuwendung, individuelle Förderung und Begleitung und mehr Zeit für jedes Kind.
- Der Internationale Bund fordert daher, die Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung umzusetzen: Innerhalb der kommenden Legislaturperiode muss das Ziel erreicht werden, einen **Betreuungsschlüssel für unter dreijährige Kinder von 1:3 und für über dreijährige Kinder von 1:6** umzusetzen.
- Die pädagogische Arbeit im Ganzttag und in Horten muss durch **Professionalität und Fachlichkeit** gestärkt werden.
- Das Potenzial für **mehr Chancengerechtigkeit und somit für bessere Entwicklungs- und Teilhabechancen** von Kindern muss besser ausgeschöpft werden und somit auch den Rechten von Kindern genügen.

## Mehr Qualität für eine faire Zukunft!

- Der Bedarf an guten Tageseinrichtungen für Kinder ist weiterhin hoch. Der **Ausbau von Krippe, Kita, Hort und den Angeboten im Ganzttag** muss verlässlich und finanziell tragfähig vorangetrieben werden.
- Die **Ausbildung und Qualifizierung in der Praxis** muss ausgebaut werden und durch eine **verlässliche Ausbildungsfinanzierung** an Attraktivität gewinnen.
- Die **Freistellung für Ausbildungsbegleitung, Teamleitung und Fachberatung** muss gewährleistet werden. Nur **mit hoch qualifiziertem Personal und motivierten Teams** können wir den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen und den Kindern faire Zukunftschancen ermöglichen.

## Mehr Bildung für eine nachhaltige Entwicklung!

- Kinder sollen fit für die Zukunft werden. Der Internationale Bund setzt sich dafür ein, **Beteiligung zu fördern, ernstgemeinte Partizipation zu gestalten und Kinderrechte greifbar zu machen**. Dafür brauchen Kinder sowohl ein stabiles und verlässliches Umfeld als auch eine **gegenseitig wertschätzende Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und den Fachkräften**.
- **Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE)** muss bereits im Elementarbereich fest verankert werden. Auch in den Angeboten für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren muss Raum für eine Kompetenzentwicklung gegeben werden, die verantwortungsvolles Denken und Handeln für eine lebenswerte Zukunft aller ermöglicht – Schulfächer übergreifend und über das formale Lernangebot hinaus. Um diesen umfassenden Wandel gestalten zu können, fordern wir **für Studium, Ausbildung, Fachberatung und Weiterbildung im Feld der Elementarbildung und der Bildung für Kinder bis zwölf Jahren eine Bildungsinitiative**.

## 2. Wir müssen die Integration von jungen Menschen mit Migrationsbiographie fördern!

Begegnungsräume für Menschen mit und ohne Migrationsbiographie sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nicht nur pandemiebedingt fehlen diese aktuell, insbesondere für junge Menschen, die zusätzlich die Herausforderungen der Integration bewältigen müssen. Gerade für diese Zielgruppe muss man unbedingt in die digitale Ausstattung zu investieren, damit die Teilhabe an virtuellen Angeboten für sie möglich wird.

Begegnungsräume für Menschen mit und ohne Migrationsbiographie sind unter Berücksichtigung digitaler Lebenswelten zu stärken. Bestehende Angebotsstrukturen müssen daher ausgebaut und neue Förderprogramme aufgelegt werden.

- **Bestehende Angebotsstrukturen ausbauen** (Quartiersarbeit: Zum Beispiel Bundesprogramm für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Jugendmigrationsdienste im Quartier)
- **Initiierung weiterer Förderprogramme** zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Sozialraum (ergänzend zum Regierungsprogramm „Aufholen nach Corona“)
- **Reaktivierung des Sozialraums** unter Einbeziehung der dort lebenden Bevölkerung ist essenziell!

## 3. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!

Wir müssen Europa und die Welt für die Jugend erfahrbar und erlebbar machen. Das ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Internationale Freiwilligendienste und Internationale Jugendarbeit prägen die jungen Menschen ihr Leben lang. Der Kontakt mit anderen Ländern und Kulturen stärkt demokratische Gedanken, Toleranz, Solidarität und Teilhabe – wichtige Zutaten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein länderübergreifendes zivilgesellschaftliches Zusammenleben.

Die staatliche Förderung der Internationalen Jugendfreiwilligendienste und Internationalen Jugendarbeit muss angepasst werden, um diese auch zukünftig kostendeckend durchführen zu können!

- Für wertvolle, pädagogisch begleitete Projekte ist der **Einsatz von entsprechenden Fachkräften** unerlässlich. Diese müssen finanziert werden
- Eine **Anpassung der Förderung** der Internationalen Jugendfreiwilligendienste und Internationalen Jugendarbeit ist dafür wichtig. Nur so können wir Projekte anbieten, die die persönliche, soziale und berufliche Entwicklung von jungen Menschen fördern

## 4. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!

Obwohl junge Menschen in prekären Lebenslagen eine zentrale Zielgruppe der verschiedenen Hilfesysteme sind, haben sie oft Schwierigkeiten, Zugang zu Unterstützung zu erhalten und werden damit durch das Hilfesystem nicht erreicht. Dies liegt daran, dass die Systeme der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit sowie die Angebote der Jobcenter nach wie vor oft nicht passgenau und nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind. Zudem treffen sie auch oft nicht die komplexen Bedarfslagen der jungen Menschen.

- Die Mitarbeiter\*innen von Kitas, Schulen, Behörden und andere Stellen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien im Kontakt stehen, müssen Menschen in prekären Lebenskonstellationen vorurteilsfrei begegnen.
- Es braucht passende Angebote und vernetzte Hilfesysteme, die den vielfältigen Bedarfslagen von jungen Menschen in prekären Lebenskonstellationen gerecht werden.
- Angebote dürfen nicht diskriminierend wirken und sind nur hilfreich, wenn die Menschen, die sie benötigen, ihnen Vertrauen entgegenbringen. Daher müssen sie ohne viel Bürokratie und offen für alle ausgestaltet werden. Dies gilt vor allem für Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene.
- Quartierssozialarbeit, Streetworker\*innen, Jugendtreffs und Beratungsstellen im Sozialraum dürfen nicht aufgrund knapper kommunaler Kassen gestrichen werden. Aufgrund ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe müssen ihre Angebote im Gegenteil ausgebaut werden.

### **Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang zwischen Schule und Beruf muss fachlich gut gestaltet werden!**

- „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den Rechtskreisen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und der Sozialhilfe sowie der Arbeitsmarktintegration beim Eintritt in die Volljährigkeit müssen gestoppt werden.
- Rechtskreisübergreifende Strukturen wie Jugendberufsagenturen sind ein guter Ansatz, um den multiplen Herausforderungen von Jugendlichen am Übergang zwischen Schule und Beruf gerecht zu werden. Nichtsdestotrotz müssen sie weiterentwickelt und weiterhin bestehende bürokratische Zugangshürden abgebaut werden. Stattdessen braucht es dringend sozialpädagogische Kompetenzen und eine verlässliche Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort. Wie gute Kooperation gelingen kann, zeigt z.B. das Projekt „Spurwechsel“ des IB in Koblenz
- Angebote der Jugendsozialarbeit in der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe bieten Verlässlichkeit und verfügen über die notwendige sozialpädagogische Professionalität, sowie über die Zugänge zu den betroffenen Zielgruppen. Leider geraten sie jedoch an vielen Orten aufgrund der angespannten kommunalen Haushalte zunehmend unter Druck. Wir fordern Politiker\*innen auf allen Ebenen dazu auf, sich für eine präsenste, professionelle und verlässliche Jugendsozialarbeit vor Ort einzusetzen. Rechtskreisübergreifende Instrumente zur Erreichung von Jugendlichen in prekären Lebenslagen wie § 16h SGB II sind grundsätzlich geeignet um Jugendliche zu erreichen, die aus vielen Gründen keine Hilfsangebote in Anspruch nehmen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Für die Umsetzung vor Ort muss jedoch das Kooperationsgebot der verschiedenen Akteure – Jobcenter, Jugendämter, freie Träger und gemeinnützige Akteure - dringend realisiert werden. Die Expertise der Jugendhilfe darf nicht außen vor bleiben. Die gemeinsame Finanzierung und Steuerung dieser niedrigschwelligen Angebote muss die Regel, statt die Ausnahme sein.

## **Junge Wohnungslose nicht alleine lassen!**

- Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es gerade für junge Menschen in prekären Lebenslagen besonders schwer, eine Wohnung zu finden. Der IB fordert Verantwortliche auf allen Ebenen auf, diese Zielgruppe bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besonders zu berücksichtigen.
- Das Verlassen einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe birgt für viele junge Volljährige das Risiko, obdachlos zu werden. Die neuen Regelungen aus dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz müssen zukünftig so umgesetzt werden, dass junge Erwachsene auch gut versorgt sind, wenn der Übergang in die Selbständigkeit nicht geradlinig erfolgt. Die Betroffenen brauchen klare, verlässliche Perspektiven, klare Zuständigkeiten und kontinuierliche Ansprechpartner\*innen.
- Junge Menschen brauchen Zeit und Freiräume für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Für viele sind die festen Strukturen und Abläufe der Hilfesysteme nicht flexibel genug. Um junge Menschen, die dadurch den Kontakt zum Hilfesystem verloren haben, zu erreichen, braucht es niedrigschwellige Angebote, die auf ihre individuelle Lebenskonstellation eingehen.

## **5. Die Integration von Fachkräften aus anderen Ländern geht über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aktuell und auf lange Sicht in einer digitalen, demographischen und ökologischen Transformation. Diese Tatsache macht es zwingend notwendig, dem sich immer weiter verstärkenden Fachkräftemangel in Branchen wie der Pflege, IT oder Gastronomie durch gesteuerte Zuwanderung zu begegnen.

Dabei geht es nicht nur um die reine Migration nach Deutschland sowie einen Arbeitsplatz hier im Land. Vielmehr müssen – gerade durch die Politik – Integrationsprozesse angestoßen werden, damit die Menschen bei der Teilhabe an der Gesellschaft unterstützt werden, beispielsweise durch Beratungen, Sprachvermittlung und mehr. Das Ziel muss eine ganzheitliche Begleitung und Unterstützung der Migranten\*Migrantinnen sein. Dieser Aspekt wird durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) nicht abgedeckt.

In Deutschland müssen sich zusätzlich speziell in den Gesundheitsberufen einerseits die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung verbessern. Grundsätzlich sollten Tariflöhne gezahlt werden, die den Anforderungen der sozialen Berufe gerecht werden. Andererseits sind politische Entscheidungen notwendig, um die Integration von Fachkräften aus dem Ausland nachhaltig verbessert erfolgreich zu gestalten. Alle involvierten Akteure, also staatliche, private oder gemeinnützige Institutionen, Vereine, Gewerkschaften und mehr, müssen kooperieren, um dieser großen Herausforderung zu begegnen. Aktuell sind beispielsweise etwa 50.000 Stellen in den Gesundheitsberufen unbesetzt. Eine große Zahl der Altenpfleger\*innen arbeitet aufgrund der genannten Bedingungen nach zehn Jahren nicht mehr in ihrem ursprünglichen Beruf.

## **Zusammenfassung:**

- Fachkräfteintegration muss als gemeinsame Aufgabe betrachtet werden: Eine enge, konstruktive Zusammenarbeit der Akteure im Bereich der Fachkräftegewinnung im Ausland ist unumgänglich, um dem Bedarf bis 2030 gerecht zu werden
- Für eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Integration sind notwendig:
  1. Qualitätsstandards bei den Arbeitsbedingungen sowie
  2. nachhaltige Unterstützungsprozesse für die Migranten\*Migrantinnen über die Beschaffung einer beruflichen Stelle hinaus (zum Beispiel Sprachkurse und Beratungsleistungen)

## **6. Stärkere strukturelle Förderung der Politischen Bildung/Demokratiebildung!**

Die Aufgabe von politischer Bildung und Demokratieförderung ist es, junge Menschen darin zu unterstützen, den Wert von Demokratie schätzen zu lernen und dafür zu werben. Politische Bildung setzt an der Lebenswelt junger Menschen an, stärkt Selbstvertrauen und Handlungskompetenzen, bietet Erfahrungswissen und das Erlernen demokratischer Verhaltensweisen im Alltag.

Politische Bildung und Demokratieförderung sind entscheidend, wenn es um die Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen geht. Politische Bildung kann Demokratie für junge Menschen erlebbar machen und das bedeutet auch, sie in ihrer Persönlichkeit zu stärken.

Die Politische Bildung soll die Sensibilisierung der Jugendlichen in einem vielfältigen demokratischen Miteinander unterstützen und ihre Beteiligung in der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft stärken. So gingen – vor Corona – viele Jugendliche freitags auf die Straße, um sich für eine bessere Zukunft einzusetzen. Viele Menschen – besonders Jugendliche – werden jedoch immer mehr gesellschaftlich abgehängt und können sich offen gegenüber menschenfeindlichen Ideologien zeigen. Durch die Pandemie wird dieser Effekt sogar noch verstärkt. Grundsätzlich braucht es deshalb eine strukturelle Unterstützung für Politische Bildung.

### **Unsere Erwartungen:**

- Stärkere strukturelle Förderung der Politischen Bildung/Demokratiebildung, um sich ausbreitende antidemokratische Tendenzen zu bekämpfen sowie der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Außerdem können Jugendliche durch Politische Bildung lernen, ihre Interessen zu vertreten. Dazu bedarf es einer stärkeren Einbindung der Politischen Bildung in die Strukturen der schulischen Bildung, der sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe, sowie darüber hinaus auch anderer gesellschaftlicher Institutionen.
- Erhalt und Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), um demokratische Räume im nahen Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen zu erhalten
- Stärkung und nachhaltiger Ausbau der politischen Bildung und der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit. Dies erfordert, neben der strukturellen Absicherung, die strategische Integration von Ansätzen der politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit
- Stärkere Berücksichtigung von Schülern\*Schülerinnen, Kindern und Jugendlichen in der Förderphilosophie von Bundesprogrammen und Entwicklung niedrigschwelliger, zielgruppenkonformer Beteiligungsformate
- Verstetigung demokratiefördernder Bundesprogramme, wie beispielsweise das Bundesprogramm Respekt Coaches sowie Stärkung der Partner dieser Programme und der Träger der politischen Bildung

## **7. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen können!**

Nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute: Die UN-Flüchtlingshilfe spricht von 82,4 Millionen Menschen, die Ende 2020 wegen Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen ihre Heimat verlassen mussten – fast genauso viele, wie laut Statistischem Bundesamt in Deutschland leben: 83,2 Millionen. Doch die Tendenz der Länder, die wie Deutschland in relativem Wohlstand leben, sich abzuschotten und Aufnahme zu verweigern, nimmt immer mehr zu.

- Die Lager für geflüchtete Menschen auf den griechischen Inseln müssen aufgelöst und ihre Bewohner\*innen auf die europäischen Länder verteilt werden. Viele Kommunen und Länder haben ihre Bereitschaft signalisiert, Menschen aus diesen Lagern aufzunehmen. Diese Initiativen sollten unterstützt werden, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.
- Deutschland braucht die politischen Rahmenbedingungen, die es Geflüchteten erlauben, hier nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen zu können. Die Infrastruktur für Beratung und Sprachförderung, für schulische Angebote und berufliche Qualifizierungen, für soziale Programme und psychosoziale Betreuung muss dauerhaft stabil finanziert und angemessen ausgebaut werden.
- Die sprachliche, schulische, berufliche und soziale Integration von Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam gelingt. Dabei ist gute Integration die Basis dafür, dass eine wichtige Ressource unserer Gesellschaft, die Kreativität, Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft, durch Zuwanderung noch weiter wächst. Gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland können wir von Zuwanderung profitieren.
- Dringender Handlungsbedarf besteht auch auf dem Wohnungsmarkt: Generell haben Menschen mit geringem Einkommen es heute schwer, angemessenen Wohnraum zu finden – für Geflüchtete ist diese Hürde noch viel höher. Beengte Wohnverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften sind gerade in Corona-Zeiten, aber auch sonst, ein massives Gesundheitsrisiko.
- Die Aufnahme von Geflüchteten ist nicht nur eine humanitäre Verantwortung, sondern auch eine Chance für unser Land. Die neue Bundesregierung muss dementsprechend handeln. Ihre politischen Entscheidungen können der Grund für Ängste und komplizierte bürokratische Prozesse sein, die die Betroffenen tief verunsichern – oder das Gefühl von Sicherheit vermitteln und dazu beitragen, dass es Geflüchteten schneller gelingt, tragfähige Lebensgrundlagen aufzubauen.

## 8. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie der IB können die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll ergänzen!

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben nachhaltige Möglichkeiten, die Entwicklungsagenda 2030 der Vereinten Nationen umzusetzen. Sie sind damit eine Ergänzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und können die Programme sinnvoll flankieren und erheblich unterstützen. Damit sich zivilgesellschaftliche Organisationen wie der IB im Ausland engagieren können, bedarf es entsprechender Förderprogramme des Bundes. Daher ist es wichtig, die staatlichen Programme zur Förderung zivilgesellschaftlicher Organisation beizubehalten und weiter auszubauen. Hinzu kommt:

- Zivilgesellschaftlichen Akteure sind deshalb so wichtig, da sie langfristige und nachhaltige Strategien unabhängig von politischen Akteuren entwickeln können, um Veränderungsprozesse anzustoßen.
- In wenig demokratischen Systemen stellen NGOs einen wichtigen Monitor der staatlichen Akteure dar.
- Konkret erwarten wir von der Politik daher eine stärkere Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Planung von staatlichen Entwicklungsprojekten und die Entbürokratisierung von Antragsverfahren.

## 9. Eine bundesweite Fachkräftestrategie für den Pflege-, Erziehungs- und Sozialbereich ist überfällig!

Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe (Care-Berufe) sind systemrelevant. Öffentliche Care-Arbeit ist Grundlage für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Doch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in diesen Branchen ist eklatant. Es ist Zeit für eine konzertierte Fachkräfte-Offensive in den Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufen – Imagekampagnen und leere Versprechungen reichen nicht aus. Nötig ist eine umfassende Strategie mit Reformansätzen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung, Rechtsrahmen und Finanzierung.

### Allgemeine politische Botschaft

Grundsätzlich geht es uns um eine Aufwertung und bessere Anerkennung der PES-Berufe: Die Attraktivität muss gesteigert werden. Hierzu zählt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch in den Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um die Zahl der Auszubildenden in den kommenden Jahren zu erhöhen und derzeit dort arbeitende Menschen auch in diesen Jobs zu halten. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität: Eindämmung der Belastung (Personalschlüssel in der Pflege anheben), bessere Entlohnung, bessere Arbeitszeiten, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Quereinstieg ermöglichen.

### Ausgangslage

In der Kindertages- und Grundschulbetreuung zeichnet sich ein gravierender Fachkräftemangel ab. Bei den Kindern von zehn beziehungsweise zwölf Monaten bis in die vierte Klasse werden bis 2025 bis zu 223.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt, um dem Geburtenanstieg, der Zuwanderung, den Elternbedarfen und einem

Ausbau im Ganztage gerecht zu werden. (Quelle: Forschungsverbund des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund, 2020: „Plätze. Personal. Finanzen. Bedarfsorientierte Vorausberechnungen für die Kindertages- und Grundschulbetreuung bis 2030.“).

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln könnten in Deutschland in der stationären Versorgung bis zum Jahr 2035 rund 307.000 Pflegekräfte fehlen. Die Versorgungslücke im Pflegebereich insgesamt könnte sich bis zu diesem Jahr auf insgesamt knapp 500.000 Fachkräfte vergrößern. (Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, IW Trends 03/2018). In der Gesundheits- und Krankenpflege sind 40.000 Stellen unbesetzt. In den nächsten zwölf Jahren erreichen rund 500.000 Gesundheits- und Krankenpfleger\*innen das Rentenalter (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Pressemitteilung vom 11.03.2021).

## Konkrete politische Erwartungen

1. Dem Fachkräftemangel in der Pflege, dem Elementar- und dem Sozialbereich muss bundesweit mit einer umfassenden Strategie begegnet werden.
2. Aufwertung und mehr Attraktivität der schulischen Ausbildungen in Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufen schaffen
  - Trägerunabhängige, durch den Bund refinanzierte Ausbildungsentgelte für Praxisphasen
  - Bund-Länder-Initiative zur Abschaffung von Schulgebühren
  - Bund-Länder-Initiative zur Stärkung der Praxisanteile in der Erstausbildung (PiA) und Etablierung der Praxisintegrierten Ausbildung auch für KiTa-Quereinsteiger\*innen und eine Verkürzung der Ausbildungszeit
  - Vereinheitlichung der gesetzlichen Rahmenvereinbarungen bundesweit.
3. Gleichstellung sämtlicher PES-Ausbildungen zu betrieblichen und bundesrechtlichen Ausbildungen
  - Gleichstellung der Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe zu betrieblichen im Bereich der Ausbildungsförderung
  - Reform des § 57 SGB III in Hinsicht auf Absatz 1: Förderfähigkeit jener Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufsausbildungen schaffen, auch in landesrechtlich geordneten Berufen
  - Eigene Instrumente der Ausbildungsförderung für junge Menschen, die Unterstützung auf dem Weg zum Berufsabschluss benötigen
  - Angleichung der Gehaltsstrukturen in der Altenpflege an die Kranken- und Gesundheitspflege.
4. Das Ausbildungswesen in den PES-Berufen reformieren
  - Neue Ausbildungswege in den Erziehungsberufen möglich machen
  - Bundesförderung für derartige neue Ausbildungsmodelle, um mit der Ausweitung der Rechtsansprüche Schritt zu halten.
  - Mehr Ausbildungsplätze in Pflege und Kindertagesstätten
5. Ausweitung der Rechtsansprüche im Bereich Kinderbetreuung
  - Den Rechtsanspruch von der frühkindlichen Bildung bis ins mittlere Kindesalter ausweiten
  - Ausbau des Personals mit Qualifizierungsprofil (Erzieher\*innen oder Bachelor/ Master Sozialpädagogik), um dem fachlichen Anspruch der Bildung, Erziehung und Betreuung im mittleren Kindesalter gerecht zu werden und um auf Augenhöhe mit allen pädagogischen und sozial tätigen Fachkräften an Schulen zu arbeiten.
  - Wir unterstützen die Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit e.V. (BAG BEK) zur Sicherung des Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung im Grundschulalter.

## 10. Inklusion darf nicht nur auf dem Papier stehen – Inklusion muss im Alltag auch ganz praktisch mit Leben gefüllt werden!

Nicht erst seit der Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention setzt sich der IB dafür ein, dass Teilhabe für Menschen mit Behinderung selbstverständlich möglich wird. In den vergangenen Jahren wurden umfangreiche gesetzliche Veränderungen angestoßen und umgesetzt.

Die Instrumente des Bundesteilhabegesetzes SGB IX müssen so ausgestaltet werden, dass Menschen mit Behinderung ein echtes Wunsch- und Wahlrecht haben (also beispielsweise Wohn- und Arbeitsort wirklich frei wählen können). Die im Gesetz festgelegte Personenzentrierung muss in der Praxis auch verwirklicht werden und darf nicht Sparzwängen zum Opfer fallen!

- Inklusives SGB VIII: Die Kinder- und Jugendhilfe muss möglichst schnell inklusiv ausgestaltet werden. „Verschiebebahnhöfe“ zwischen SGB VIII und SGB IX müssen abgebaut werden.
- Damit Inklusion möglich wird, müssen sich Gesellschaft und Institutionen noch verändern. Wir müssen a) räumliche und b) geistige Barrieren finden und abbauen – also zum Beispiel a) Treppen und b) komplizierte Formulare.
- Menschen mit Behinderung brauchen einen besseren Zugang zum ersten Arbeitsmarkt.

## 11. Wir brauchen bei der Digitalisierung einen ganzheitlichen Ansatz, der Aus- und Weiterbildung miteinschließt!

Die Digitalisierungsstrategie in Deutschland hat durch die COVID-19-Pandemie einen weiteren An Schub erhalten. Auch der Internationale Bund (IB) als großer Träger von Bildungsangeboten beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung – im Sinne seiner Zielgruppen, Mitarbeiter\*innen und Auftraggebenden. Um Deutschland bei diesem Thema nachhaltig voranzubringen, bedarf es einer umfassenden Digitalisierungsstrategie. Sie muss mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abgestimmt sein und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Diese Strategie soll die folgenden Aspekte berücksichtigen:

### Der Mensch

- Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Hintergrund – und weiteren Merkmalen – dazu befähigt werden, an digitalen Angeboten teilnehmen zu können (Ausstattung, digitale Infrastruktur, Medienkompetenz).
- Für die erfolgreiche Bewältigung der digitalen Transformation müssen den Menschen insbesondere digitale Schlüsselkompetenzen vermittelt werden. Hierzu gibt es bereits auf europäischer Ebene Qualitätsstandards, die auch in Deutschland zum Einsatz kommen sollen.
- Junge Menschen arbeiten bereits selbstverständlich mit digitalen Tools. Dennoch bedarf es einer Bewusstseinsbildung dieser Zielgruppe für den Umgang mit Instagram, TikTok, WhatsApp und weiteren sozialen Medien, um beispielsweise auf psychologische, gesellschaftliche, gesundheitliche, datenschutzrechtliche Chancen und Risiken hinzuweisen (Digitale Bewusstseinsbildung).

- Um Chancengerechtigkeit in der Bildung und Arbeitswelt zu gewährleisten, soll der Digitalpakt Schule weitergeführt und konsequenter umgesetzt werden. Lehrpläne in Schule und Berufsschule müssen an die Anforderungen der Digitalisierung angepasst werden. Dazu gehört auch die Medienbildung des eingesetzten Personals.
- Zusätzlich fordert der IB die Ausrufung einer „Digitaloffensive Weiterbildung“, einschließlich eines individuellen Rechtsanspruchs aller Menschen auf berufliche Weiterbildung und Infrastrukturförderung der Träger der beruflichen Bildung. Die staatliche Förderung muss sich zumindest auf gemeinnützige Träger zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen im Rahmen der digitalen Transformation erstrecken.

## Die Technik

- Die digitale Infrastruktur in Deutschland hält internationalen Standards nicht stand und muss schnell und leistungsstark ausgebaut werden. Ohne leistungsfähige digitale Infrastruktur wird der Wirtschaftsstandort Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit nicht bewahren können. Es muss selbstverständlich sein, dass durch den Ausbau digitaler Netze jede\*r überall in Deutschland schnelles Internet nutzen kann. Auch die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit für alle Menschen wäre ansonsten kaum denkbar.
- Eine gezielte öffentliche Förderung von Wissenschaft und Forschung zur Digitalisierung und insbesondere zur künstlichen Intelligenz (KI) ist soziale und technologische Bedingung für die digitale Transformation. Daneben bedarf es einer Begleitforschung über die gesellschaftlichen Auswirkungen, die Akzeptanz und die Konsequenzen der digitalen Transformation.
- Für die Digitalisierung müssen verlässliche europäische und internationale Rahmenbedingungen gewährleistet werden, um Rechtssicherheit im Umgang mit digitalen Medien unter anderem in öffentlich geförderten Projekten zu schaffen.

## Die Organisation

- Der IB unterstützt die Idee zur Gründung einer Bundeszentrale für Medienbildung und digitale Sicherheit. Diese dient unter anderem der Aufklärung der Bevölkerung und der Versorgung mit Angeboten, beispielsweise für den Einsatz von digitalen Tools.
- Die gerade gestartete Nationale Bildungsplattform für digitale Angebote (Lehr- und Lernvideos) ist im Grundsatz zu begrüßen. Allerdings soll der weitere Fortgang kritisch begleitet und evaluiert werden, um späteren Fehlentwicklungen vorzubeugen.
- Von zentraler Bedeutung ist die Förderung des Mittelstands, um Wettbewerbsnachteile im Rahmen der digitalen Transformation zu vermeiden.
- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie sinnvoll mobiles Arbeiten und Homeoffice das traditionelle Arbeiten ergänzen kann. Die Politik soll Regelungen schaffen, damit mobiles Arbeiten oder Homeoffice im Einvernehmen von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden ermöglicht wird.
- Das Modell einer digitalen Verwaltung (Digital Government) soll gezielt und zügig ausgebaut werden. Dies macht Prozesse niedrigschwellig zugänglich und beschleunigt sie somit. Bei der Umsetzung muss aber mit Rücksicht auf alle Menschen mit ihren vielfältigen Kompetenzen und Bedarfen zielgruppenadäquat vorgegangen werden.
- Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die im Zuge der beschleunigten Digitalisierung aufgrund der Corona-Pandemie gewonnen wurden, sollen auch nach dieser verwertet werden. Dies bedeutet zum Beispiel, dass traditionelle, analoge Angebote verstärkt in hybride oder voll-digitale Prozesse überführt werden.

**Nach Ansicht des IB müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Umsetzung der geforderten ganzheitlichen Digitalisierungsstrategie stets folgenden Maßstäben gerecht werden:**

### **Beteiligungsorientiert**

Beschäftigte und Adressaten\*Adressatinnen werden mit einbezogen.

### **Interaktionsbezogen**

Interaktive Arbeit wird nicht ersetzt, sondern unterstützt.

### **Menschengerecht**

Ziel ist stets das individuelle Wohlbefinden sowie die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten. Alles ist auf die Entwicklungsmöglichkeiten des\*der Einzelnen ausgerichtet. Handlungs- und Entscheidungsspielräume werden gefördert und die Arbeit erleichtert, wobei Vielseitigkeit erhalten bleibt.

### **Nachhaltig**

Gute Beispiele werden aufgenommen und auf andere Bereiche transferiert.

# Fachliche Ansprechpartner\*innen

## 1. Wir brauchen hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung - vom Anfang bis ins Grundschulalter!

**Daniela Keeß,**  
Leiterin Abteilung „Familie / besondere Lebenslagen“  
[daniela.keess@ib.de](mailto:daniela.keess@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 150

## 2. Wir müssen die Integration von jungen Menschen mit Migrationsbiographie fördern!

**Jochen Kramer,**  
Referatsleiter „Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“  
[jochen.kramer@ib.de](mailto:jochen.kramer@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 207

## 3. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!

**Sterenn Coudray,**  
Internationale Jugendarbeit  
[sterenn.coudray@ib.de](mailto:sterenn.coudray@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 191

## 4. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!

**Daniela Keeß,**  
Leiterin Abteilung „Familie / besondere Lebenslagen“  
[daniela.keess@ib.de](mailto:daniela.keess@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 150

## 5. Die Integration von Fachkräften aus anderen Ländern geht über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!

**Shobhana Nair,**  
International Migration Services (IMS)  
[shobhana.nair@ib.de](mailto:shobhana.nair@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 195

## 6. Stärkere strukturelle Förderung der Politischen Bildung/Demokratiebildung!

**Sascha Horn,**  
Referatsleiter „Jugend, Chancen, Demokratie“  
[sascha.horn@ib.de](mailto:sascha.horn@ib.de)  
Tel 030 / 2 14 09 - 627

## 7. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen können!

**Daniela Keeß,**  
Leiterin Abteilung „Familie / besondere Lebenslagen“  
[daniela.keess@ib.de](mailto:daniela.keess@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 150

## 8. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie der IB können die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll ergänzen!

**Michael Reiter,**  
Referatsleiter „Entwicklungszusammenarbeit“  
[michael.reiter@ib.de](mailto:michael.reiter@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 193

## 9. Eine bundesweite Fachkräftestrategie für den Pflege-, Erziehungs- und Sozialbereich ist überfällig!

**Elisabeth Späth,**  
Abteilung „Familie / besondere Lebenslagen“  
[elisabeth.spaeth@ib.de](mailto:elisabeth.spaeth@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 216

## 10. Inklusion darf nicht nur auf dem Papier stehen - Inklusion muss im Alltag auch ganz praktisch mit Leben gefüllt werden!

**Marina Sliwinski,**  
Abteilungsleiterin „Bildung & Arbeitswelt“  
[marina.sliwinski@ib.de](mailto:marina.sliwinski@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 180

## 11. Wir brauchen bei der Digitalisierung einen ganzheitlichen Ansatz, der Aus- und Weiterbildung mit einschließt!

**Carsten Hübscher,**  
Referent Abteilung „Bildung & Arbeitswelt“  
[carsten.huebscher@ib.de](mailto:carsten.huebscher@ib.de)  
Tel 069 / 9 45 45 - 179

## Ihr politischer Ansprechpartner in Berlin

**Marco Splitt,**  
Referent für parlamentarische Beziehungen/  
Politik des Vorstands  
[marco.splitt@ib.de](mailto:marco.splitt@ib.de)  
Tel 030 / 2 00 92 - 160



## Impressum

Internationaler Bund (IB)  
Sitz: Frankfurt am Main, VR 5259  
Herausgeber: Thiemo Fojkar,  
Vorsitzender des Vorstandes

Unternehmenskommunikation  
Leitung: Dirk Altbürger  
Redaktion: Matthias Schwerdtfeger  
Gestaltung: Aleksandar Agbaba

Valentin-Senger-Str. 5  
60389 Frankfurt am Main  
Telefon 069 94545-0  
Telefax 069 94545-280  
info@ib.de  
www.ib.de

Bildnachweis: unsplash.com | Claudio Schwarz

Stand: 2021-09